

Trotz voller Speicher

Ampel weiß nicht, wie viel Gas im Winter überhaupt zur Verfügung steht



Gasspeicher in Frankenthal. Aktuell sind die deutschen Gasspeicher gut gefüllt.
Uwe Anspach/dpa

FOCUS, 02.20.2022

Obwohl Deutschlands Gasspeicher gut gefüllt sind, könnte das knappe Gut in ganz Europa verteilt werden. Die Bundesregierung kann nicht sagen, wie viel eingespeichertes Gas im Winter zur Verfügung steht. Selbst die mit Steuermitteln gekaufte Reserve könnte ins Ausland gehen.

Die Bundesregierung weiß nicht, welche Menge des eingespeicherten Gases im Winter für die deutschen Unternehmen zur Verfügung stehen. Die „Bild am Sonntag“ zitiert aus einem vorliegenden Schreiben des Wirtschaftsministeriums

an den stellvertretenden Unions-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn ([CDU](#)). Darin heißt es: „Kenntnisse darüber, wohin das einzelne eingelagerte Gas fließt, liegen der Bundesregierung nicht vor.“ Die Bundesnetzagentur betonte gegenüber der Zeitung: „Das gespeicherte Gas ist in weiten Teilen Eigentum von Gashändlern und -lieferanten, die häufig europaweit agieren.“

Gas aus deutschen Speicher könnte im Winter auch ins Ausland gehen

Selbst das Gas, das die Trading Hub Europe mit Staatshilfe einkauft und unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur im ehemaligen Gazprom-Speicher in Rehden eingelagert hat, ist nicht für Deutschland reserviert. Dieses Gas kann nach Angaben von Wirtschaftsministerium und Bundesnetzagentur von allen nationalen und internationalen Unternehmen, die im deutschen Gasmarkt registriert sind, gekauft werden. Entscheidend sei, wer den Höchstpreis biete.

Spahn kritisiert: „Das sehr teuer eingekaufte Gas in unseren Speichern muss im Winter bei den deutschen Verbrauchern ankommen. Dazu muss die Ampel endlich einen Ausspeicherplan vorlegen. Sonst wiegen volle Speicher in falscher Sicherheit.“

xxx

Europa droht seine Industrie zu verlieren

Inflation zehrt am Vermögen der Leute. Die Energiekosten fressen die Margen auf.



Beat Gygi

Die jüngsten Meldungen aus der Wirtschaft sind wie schleichendes Gift. In der Euro-Zone und in Deutschland ist die jährliche Inflation auf 10 Prozent gestiegen, das ist unfassbar im doppelten Wortsinn. Zum einen mag man es immer noch nicht richtig glauben, dass die Preise plötzlich auf derart breiter Front in die Höhe schnellen, nachdem sie vorher jahrzehntelang geschlafen hatten. Zum andern

kann man die Folgen gar nicht vollständig ermessen. Inflation blitzt überall auf, bei Baumaterialien wie verrückt, auch bei Autos, etwas zahmer beim Essen, und was das für das eigene Budget bedeutet, ist schwierig zu überblicken.

Klar, auf dem Papier kann man ausrechnen: 10 Prozent Jahresinflation heisst, dass eine Hunderternote nach sieben Jahren nur noch die Hälfte der heutigen Kaufkraft hat, Vermögen halbiert. Man wird quasi schleichend ausgeraubt, und das in einer Gesellschaft, die auf Eigentumsrechten beruht. Und unter der Decke der glitzernden Preisetiketten ist weniger Substanz vorhanden als früher. Vor allem weil in der Pandemie weniger produziert wurde als früher und sich die Leute dann plötzlich um die knappen Waren balgten. Zu viel vorher herumliegendes Geld stiess auf zu wenig Ware.

Aber noch mehr: Der Ukraine-Krieg lähmte zusätzlich Produktions- und Liefermöglichkeiten, und schliesslich haben die westlichen Regierungen mit ihren Sanktionen gegen Russland ihren eigenen Produktionsapparat und die Energieversorgung massiv beschädigt, wie Selbstverstümmelung, am extremsten Deutschland. Was kommt jetzt auf Europa zu?

Corona-Störungen in China

Lars Feld, Ökonomieprofessor an der Universität Freiburg i. Br. und Direktor des Walter Eucken Instituts, sagt es so: «Nach den aktuellen Prognosen der Konjunkturbeobachter läuft Europa auf eine Rezession zu, und wie tief diese wird, hängt davon ab, was bei der Energie passiert.» Die Angebotsseite sei durch Produktions- und Lieferprobleme beschädigt, auch wegen Corona-Störungen in China. In Europa komme es bei energieintensiven Unternehmen nun zu vorübergehenden Produktionsunterbrüchen, etwa bei Stahl, Aluminium, Giessereien. Grosse Aufmerksamkeit erregen Meldungen über Insolvenzen bei Bäckereien.

Föllmi erwartet nicht, dass die Realzinsensubstanziell anziehen werden.

Und jetzt beginne auch die Nachfrageseite schwächer zu werden. Es sei kein Einbruch, aber die Konsumenten hielten sich vor allem bei langlebigen Konsumgütern zurück, um die Preissteigerungen zu verkraften. «Deutschland ist unter den europäischen Ländern das Schlusslicht», sagt Feld. Die

Wachstumsprognosen fürs nächste Jahr bewegten sich zwischen minus 0,4 und minus 2 Prozent. «Das hängt davon ab, was beim Gas passiert.» Wenn der sogenannte Gaspreisdeckel komme, sei eine gewisse Erleichterung zu erwarten. Aber Feld verweist sogleich auf die Gefahren dieses Instruments: Frankreich, das seit längerem Preisbremsen bei der Energie kenne, müsse diese mit Schulden finanzieren und nun zu Rationierungen greifen, weil künstlich reduzierte Preise den Energiekonsum anheizten.

Und die Schweiz, wird sie im Sog von Deutschland mitgerissen? Nach der Einschätzung von Jan-Egbert Sturm, Leiter der Konjunkturforschungsstelle KOF an der ETH Zürich, wird eine Rezession in Deutschland zwar auch die hiesige Wirtschaft bremsen, aber er relativiert: «Der Schweiz wird wahrscheinlich eine Rezession erspart bleiben, es wird wohl eher eine Stagnationsphase geben im Winter, aus der wir dann allmählich wieder herauskommen. Die Schweizer Wirtschaft steht allgemein etwas besser da, ist etwas resilienter, widerstandsfähiger aufgestellt, daher wird es wohl in der Schweiz nicht ganz so schlimm kommen wie in Deutschland.»

Ein Wendepunkt für die Weltwirtschaft?

Die Schweiz sei wie eine Insel, denn, so Feld: «Europa gerät in eine Rezession, in China läuft es flau, die USA steuern mit den starken Zinssteigerungen auch auf eine Rezession zu. Alle drei Regionen auf ähnlichem Weg, das heisst Weltrezession.» Drückt die Zinswende in den USA denn so stark auf die Wirtschaft? Ja, und die müsse auch so wirken, denn die Wirtschaft sei massiv überhitzt. «Die Preissteigerungen der USA laufen den europäischen voraus und wirken auch inflationssteigernd auf Europa, etwa über die Energiepreise», meint Feld. Es seien noch einige Zinserhöhungsschritte notwendig.

Auch in Sachen Inflation seien die Weltregionen quasi synchron unterwegs. Für Deutschland liege die Inflationsprognose bei 6 bis 10 Prozent für 2023, so Feld. «Das macht keinen Spass. In der Geldpolitik muss sich eine Wende ergeben.» Der wichtigste geldpolitische Zins der Euro-Zone betrage heute null Prozent, die Inflation praktisch 10 Prozent. «Das heisst, wir haben einen Realzins von etwa minus 10 Prozent. Die Geldpolitik muss viel restriktiver werden.»

Die Konsumenten hielten sich vor allem bei langlebigen Konsumgütern zurück.

Ist das ein Wendepunkt für die Weltwirtschaft? Zinspeitsche statt Geldregen? Bremse statt Gaspedal? Reto Föllmi, Ökonomieprofessor an der Universität St. Gallen, hält es für möglich, dass die Art und Weise, wie die Wirtschaftspolitik auf Probleme reagiert, jetzt einen Wechsel erfährt. «In den vergangenen gut zehn Jahren seit der Finanzkrise war eigentlich fast alles auf eine Politik des billigen Geldes ausgerichtet, auf eine sehr lockere Geldpolitik. Das scheint jetzt allmählich zu enden, man kehrt eigentlich zurück zur Fiskalpolitik.» Das bedeutet im Prinzip: staatliche Zahlungen statt Geldschwemme, wenn es ums Stimulieren geht – mit allen Folgen für die öffentlichen Schulden, die dadurch weiter zunehmen werden.

Schuldenabbau durch Inflation

Aber selbst wenn man nun wieder positive Zinsen haben werde, so blieben sie wohl auf niedrigem Niveau. Föllmi erwartet nicht, dass die Realzinsen, also Zinsen minus Inflation, beziehungsweise Inflationserwartungen substanziell anziehen werden. «Die Gründe für die niedrigen Realzinsen sind ja nicht aus der Welt geschafft.» Die Überalterung vor allem drücke auf das Wachstum, und die Weltwirtschaft sei auch sonst weniger dynamisch als in den Nullerjahren.

Dann kommt der brisante Satz: «In der Fiskalpolitik sind zudem die Anreize gross, Schulden über Inflation abzubauen.» Inflation als Steuer, ein altes Rezept des zugriffigen Staates zur Enteignung der Bürger. Klar, die Zentralbanken sollten die Realzinsen erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen, aber völlig unabhängig von der fiskalpolitischen Seite seien wohl viele nicht.

Schuldenabbau durch Inflation – wird das jetzt einreissen? «Das wird sicher anhalten. Wenn im Euroraum 10 Prozent Inflation herrscht bei vielleicht 3 Prozent Zins, dann spricht man von 7 Prozent Schuldenabbau in einem Jahr. Das ist gewaltig.» Länder, die in der Finanzkrise und später in der Corona-Zeit Schulden erhöht hätten, könnten nun einiges davon loswerden. «Irgendjemand muss ja irgendwann die Zeche bezahlen», fügt Föllmi an.

Hoher Preis für Europa

Wachstumsschwäche, Vermögensverluste, Überalterung sowie Energiemangel, weil die Versorgung aus Russland ausfällt – wirft das Europa jetzt brutal zurück, droht eine Desindustrialisierung, weil die Unternehmen zu derartigen Kosten nicht mehr vernünftig wirtschaften können? Sturm sagt, es sei ein sehr hoher Preis, den Europa jetzt zahle. Früher oder später werde man sich anpassen können, aber das koste natürlich Substanz. Trotz allem werde man nachher wieder wachsen können, auch neue Lösungen finden. «Ich bin nicht dauerhaft pessimistisch, aber dass das hier seinen Preis hat, kann man nicht in Abrede stellen.»

Die Globalisierung werde sich weiterentwickeln, einfach auf eine etwas andere Art und Weise als bisher. Die Welt teile sich stärker in Blöcke auf, die Unternehmen müssten sich anders vernetzen als vorher. Einen deutlichen Rückgang des Welthandels erwarte er aber in den nächsten Jahren nicht. «Die vergangenen zwei Jahre haben eigentlich das Gegenteil gezeigt», sagt er. «Es wurden weltweit noch nie so viele Industriegüter transportiert und gehandelt wie heutzutage.»

Reto Föllmis Ansicht nach sollte man die jetzige Krisensituation nicht in die Zukunft extrapolieren. «Der Grundpreis für Öl ist ja weltweit für alle etwa gleich, und Europa ist tendenziell in qualitativ hochstehenden Produkten engagiert – und wenn die Kosten für alle steigen, sind solche Standorte eher im Vorteil.» Er sehe die unmittelbare Gefahr einer Desindustrialisierung nicht. Klar, die Schweiz sei in einer günstigeren Lage als etwa Deutschland.

Wie sieht es also Lars Feld? «Gerade Deutschland hat es immer wieder geschafft, sich anzupassen», meint er. Energieintensive Unternehmen hätten schon vor dem Krieg Erweiterungsinvestitionen im Ausland getätigt, Thyssenkrupp Stahl etwa in Schweden, weil dort die Energie billiger sei. Das Problem sei, dass Deutschland in der Energiepolitik einen Sonderweg gehe und damit die Kleineren schwer treffe, die weniger gut ausweichen könnten.

DEINDUSTRIALISIERUNG UND DEGENERATION: WIR SCHMIEREN AB

Von Alexander Schwarz, 14. Oktober 2022



Deutsche Straßenszene 2040? (Foto:Pixabay)

Trotz fast täglicher Hilferufe ganzer Wirtschaftsbranchen um staatliche Unterstützung gegen die politisch verursachte Energiekostenexplosion und ständiger Meldungen über Firmenpleiten oder Abwanderungen ins Ausland, ist den meisten Deutschen offenbar das ganze existenzielle Ausmaß der Katastrophe, in die die Politik der letzten Jahre das Land gestürzt hat, nicht ansatzweise bewusst. Es droht nicht einfach eine Krise, sondern der endgültige Zusammenbruch eines Modells, das bis ins Wilhelminische Kaiserreich zurückreicht. Was zwei Weltkriege, der Kalte Krieg und mehrere Finanzkrisen nicht geschafft haben, gelang Angela Merkel und Rot-Grün in knapp zehn Jahren.

Die an selbstmörderischem Irrsinn nicht zu überbietende Energiewende, der die Wahnvorstellung zugrunde liegt, man könne die Energieversorgung eines

Landes von der Größe Deutschlands mit Wind-und Sonnenenergie bewältigen, die beide ganz und gar von den Unbilden des Wetters abhängig sind und sich zugleich jeder alternativen Energiequelle berauben, indem man fast zeitgleich aus der Atom-und Kohleenergie aussteigt, hätte schon alleine ausgereicht, um dem Industriestandort Deutschland das Genick zu brechen. Mit Beginn des Ukraine-Krieges hat man sich dann sofort am Sanktionstaumel gegen Russland beteiligt, von dessen Gaslieferungen man sich zuvor völlig abhängig gemacht hatte.

Kollaps, von dem keine Erholung mehr möglich ist

Ideologische Verbohrtheit, ökonomische Unkenntnis und außenpolitische Ahnungslosigkeit, die auch das Resultat einer permanenten Negativauslese des politischen Personals im deutschen Parteienstaat ist, haben in kürzester Zeit dazu geführt, dass ein weltweit einzigartiges Wirtschaftsmodell mitten in einem Kollaps steckt, von dem es sich nicht mehr erholen kann. Seit dem späten 19. Jahrhundert war **die deutsche Wirtschaft stark auf den Weltmarkt und damit auf den Außenhandel** ausgerichtet. Das Geheimnis ihres Erfolges war neben der Qualität der erzeugten Produkte, das, was der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer als „*diversifizierte Qualitätsproduktion*“ bezeichnete. Dahinter verbirgt sich die Vereinbarung, dass der Staat die funktionierende Infrastruktur bereitstellt, die es Unternehmen ermöglicht, konkurrenzfähig zu produzieren und dafür, im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften, über die dafür erforderliche hochqualifizierte und angemessen entlohnten Belegschaften verfügen, die an den Erfolgen ihrer Unternehmen partizipieren.

Trotz immensen Dauerdrucks durch den angelsächsischen Neoliberalismus, der auf Deindustrialisierung und die Umstellung auf Dienstleistungen setzte, konnte sich Deutschland mit seinem Modell immer wieder behaupten. Allerdings ist es auch auf Gedeih und Verderb von offenen Weltmärkten abhängig. Wenn dilettantische Parteipolitiker einen Wirtschaftskrieg mit Russland vom Zaun brechen und auch die Abkehr von China predigen, wo Deutschland allein 2020 89 Milliarden Euro investiert hat und zu alledem auch noch die Deindustrialisierung des eigenen Landes betreiben, indem sie die abstrakte und irrsinnige Wahnvorstellung verfolgen, das angeblich bedrohte Weltklima könne von Deutschland aus gerettet werden, ist der Untergang vorprogrammiert. Der Ukraine-Krieg und seine vielfältigen Folgen tragen noch zu seiner Beschleunigung bei.

Abnehmende Investitionsbereitschaft, Abwanderung ins Ausland

Die **Akademie Bergstraße** brachte die Lage folgendermaßen auf den Punkt: *„In Deutschland und teilweise in ganz Europa findet eine sich beschleunigende Deindustrialisierung statt. Die Ursachen sind vielfältig, können inzwischen aber nicht mehr einfach nur als 'normaler Strukturwandel' abgetan werden. Energiemangel durch eine falsche Energiepolitik mit ungerechtfertigt hohem Vertrauen in die wetterabhängigen Umgebungsenergien Wind und Sonne bei fehlenden Groß-Speichern sowie stark steigende Energiepreise inklusive CO₂-Bepreisung sind wesentliche Ursachen. Weitere Gründe sind zunehmende Lieferketten- bzw. Beschaffungsprobleme, eine erdrückende EU-Regulierung und ausufernde nationale Bürokratie. Hinzu kommen die Lohnkostenentwicklung als Folge der ultraexpansiven, inflationstreibenden Geldpolitik der EZB und der explodierenden konsumtiven Ausgaben des Staatshaushalts, die international gesehen hohe Steuer- und Abgabenlast und der jahrelang ignorierte Fachkräftemangel. Die vielfach selektiv den Standort Deutschland betreffenden Auflagen für die Industrie und das Handwerk lassen sich nicht klimapolitisch begründen. Denn durch abnehmende Investitionsbereitschaft der Industrie innerhalb Deutschlands und zunehmende Produktionsverlagerungen in Länder mit weniger Restriktionen und Auflagen werden größere Umweltschäden billigend in Kauf genommen.“*

Im Anschluss unter den zitierten Beitrag folgt passenderweise eine erschütternd lange Aufzählung von Firmeninsolvenzen bzw. von Unternehmen, die ihre Produktion wegen der politisch verursachten Energiekrise bislang schon ganz oder teilweise ins Ausland verlagern müssen.

Unterwegs in Richtung Entwicklungsland

Diese Liste muss leider fast täglich verlängert werden. So begründete etwa der Halbleiter-Zulieferer *Hellma Materials* seine Entscheidung, nicht mehr in Jena, sondern in Schweden zu investieren folgendermaßen: *„Die stabile und kalkulierbare Energieversorgung ist für unser Unternehmen existentiell und hat zum Ausschlag für die Entscheidung wesentlich beigetragen.“* Während die Energieversorgung in Deutschland einer *„undurchschaubaren und unkalkulierbaren Preisbildung“* unterliege, finde man in Schweden stabile Verhältnisse, hieß es weiter. Diese Erklärung kann stellvertretend für fast alle Pleiten und Abwanderungen aus Deutschland stehen.

Jede dieser Unternehmensschließungen oder Verlagerungen kostet nicht nur Arbeitsplätze, sondern betrifft fast immer auch weitere Firmen. Die Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM), Franziska Erdle, sagte dem Handelsblatt im September: „**Wir brauchen jetzt schnell Soforthilfen, sonst droht uns in Deutschland mit der Abwicklung der Grundstoffindustrie der Einstieg in die Deindustrialisierung.**“ Dieser Einstieg ist wohl de facto längst vollzogen worden. Inzwischen **empfehlen aktuelle und frühere Spitzenpolitiker**, die für das ganze Desaster verantwortlich sind, den Deutschen kürzer zu duschen, lieber **Waschlappen zu benutzen** oder einfach mal **zwei Pullover übereinander** anzuziehen, Kerzen, Streichhölzer und Taschenlampen bereitzuhalten und sich gefälligst mehr anzustrengen, statt verwöhnt herumzujammern. Nichts könnte den Verfall eines einst ehrgeizigen, fleißigen, innovativen und leistungsstarken Landes, seine Degeneration in Richtung eines Entwicklungslandes besser verdeutlichen als die arrogante Chuzpe seiner dekadenten Volksvertreter.

xxx

Schmollen und Rache

Die USA verlieren ihre langjährigen arabischen Partner im Öl-Kartell Opec. Das ist brisant. Denn der Erdölmarkt ist ein Spiegel der Geopolitik.



Karin Kneissl

Beirut

Just am 6. Oktober, als die Europäische Union den Ölpreisdeckel beschloss, um die russischen Erdöleinnahmen zu bremsen, sprachen sich 23 Erdölminister in Wien für eine starke Kürzung ihrer gemeinsamen Förderquote aus. Es geht um zwei Millionen Fass Erdöl weniger pro Tag. Die USA reagierten heftig, von «Kriegserklärungen» war gar die Rede. Die EU fühlt sich übertölpelt, da die Förderkürzung den Preis nach oben treiben könnte.

Totgesagte leben länger

Die Opec, die Organisation erdölexportierender Länder, und dreizehn sogenannte Nicht-Opec-Produzenten, darunter Russland, koordinieren seit Dezember 2016 ihre Förderpolitik. Analysten gaben damals diesem Format wenig Chancen. Doch die «Opec plus» hat die Achterbahnfahrten auf dem globalen Erdölmarkt der letzten Jahre gemeistert. Im Unterschied zu den Eskapaden auf dem Erdölmarkt zwischen 1973 und 1985, als in der Opec wenig Konsens möglich war und viele sie bereits für tot erklärten, gelingt es einstigen Rivalen wie Saudi-Arabien und Russland, ihre Interessen abzustimmen.

Es war stete Praxis, dass Riad die Wünsche der USA innerhalb der Opec berücksichtigte. Ein Anruf genügte. Die Ära der «Seven Sisters», eines Kartells westlicher Ölkonzerne, die sich den Erdölmarkt aufteilten, ging damals, zu Beginn der 1970er Jahre, zu Ende. Aber in Washington stellte ich immer wieder fest, dass diese Epoche in vielen Köpfen noch fortbesteht. «Es ist unser Öl» – dieser Satz war nicht nur zu Beginn der Irak-Invasion zu hören.

«Es ist unser Öl» – dieser Satz war in Washington nicht nur zu Beginn der Irak-Invasion zu hören.

Will man das Schlachtfeld Ukraine, auf dem ein Stellvertreterkrieg tobt, abstrahieren, so kann man folgende Konfrontation erkennen: Die USA haben die Finanzwirtschaft in Stellung gebracht, auf der anderen Seite steht die Energiewirtschaft. In den letzten 22 Jahren haben wir erlebt, wie leicht Geld zu drucken ist. Energie hingegen kann man nicht drucken. Der Rohstoffsektor könnte die Finanzindustrie ausbooten. Als ich 2005 mein Buch «Der Energiepoker» schrieb, befasste ich mich auch mit der Währungsfrage, also damit, ob Erdöl langfristig in US-Dollar gehandelt würde. Meine Gesprächspartner aus den arabischen Opec-Staaten meinten, dass am US-Dollar nicht zu rütteln sei. Heute stellt sich die Lage anders dar.

Auch Riad erwärmt sich für die Idee, Erdöl in anderen Währungen zu handeln. Die Saudis kaufen in diesen Monaten russisches Erdöl, beteiligen sich wie die anderen nahöstlichen Staaten nicht an den Russland-Sanktionen und bereiten sich zunehmend auf neue internationale Verhältnisse vor. Die USA haben somit keinen Ansprechpartner mehr in der Opec, die sich als erweiterte Opec plus nunmehr auch geopolitisch neu präsentiert.

Das Opec-plus-Ministertreffen am 6. Oktober liess diese neuen Verhältnisse erahnen: ein saudischer Erdölminister, der mutig die Nachrichtenagentur Thomson Reuters in die Schranken wies. Amerikanische Journalisten, welche die

Opec heftig wegen «Geiselnahme der Weltwirtschaft» attackierten. Und tags darauf harte politische Ankündigungen vom Weissen Haus nach unten. Washington schwankt zwischen Schmollen und Rache angesichts der Förderkürzungen. In einigen Wochen sind Kongresswahlen. Seit bald einem Jahr lässt Präsident Biden über die strategische Erdölreserve das Ölangebot in den USA erweitern, konnte aber weder den Ölpreis noch die Inflation beruhigen. Der Kongress könnte mit dem Gesetzesentwurf «Nopec» Guthaben der Regierungen der Opec-Staaten beschlagnahmen. Es ist ein altes Thema, aber nun brechen irrationale Emotionen auf.

«Stärker als katholische Ehen»

Der Erdölpreis ist ein Seismograf der Weltwirtschaft und der Geopolitik. Mit den Kürzungen will die Opec plus die Folgen der Rezession vorwegnehmen. Zudem gelingt es manchen Förderländern angesichts der seit 2014 anhaltenden Investitionslücke nicht, neue Kapazitäten zu schaffen. Die Situation wird sich per 5. Dezember nochmals verschärfen, wenn das von der EU verhängte Erdölembargo in Kraft tritt.

Die Hebel von Angebot und Nachfrage werden die Verwerfungen auf den Rohstoffmärkten letztlich bestimmen. Die Russland-Sanktionen haben das globale Angebot verzerrt. Die beiden grossen Krisen – jene der Immobilien und Banken 2008 und die der Pandemie 2020 – führten zu exzessivem Gelddrucken. Mit der Energiekrise verhält es sich anders. Denn Energie lässt sich wie erwähnt nicht drucken. Die erforderlichen Volumina, um russische Energieträger zu ersetzen, finden sich nicht binnen Jahresfrist auf dem Weltmarkt. Und kein Gut ist globaler als Erdöl. Was sich auf dem Erdölmarkt nun verändert, wird neue Allianzen schaffen.

Der einstige saudische Erdölminister Zaki Yamani meinte: «Ölallianzen sind stärker als katholische Ehen.» Dass diese alte Ehe zwischen den USA und Saudi-Arabien nun scheitert, hat mit viel Misstrauen zu tun, das sich angestaut hat. Riad geht eigene Wege, und Washington kann niemanden mehr in der Opec anrufen.

xxx

Bundesregierung bestätigt Authentizität des geleakten Dokuments „*Laufende Aktivitäten der*“

Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“

14. Oktober 2022 , 12:15 von: Florian Warweg

Die NachDenkSeiten hatten Ende September, zugespielt von einem Whistleblower, ein internes Dokument der Bundesregierung veröffentlicht, welches eine konzertierte Aktion zur Informations-Zensur in Bezug auf die Berichterstattung zum Ukraine-Krieg aufdeckt. Das Dokument belegt unter anderem die behördliche Einbindung von Medien (z.B. Spiegel und Stern), Social-Media-Konzernen, Bildungseinrichtungen, den sogenannten „Faktencheckern“ sowie die quasi-staatliche Überwachung „systemkritischer Medien“. Natürlich hatte die NachDenkSeiten-Redaktion das Dokument vor der Veröffentlichung verifiziert. Zahlreiche Vertreter aus Politik und Medien hinterfragten allerdings die Authentizität des Leaks. Doch jetzt hat die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage hin eingeräumt, dass das Dokument tatsächlich von ihr erstellt wurde.

„Kann die Bundesregierung die Echtheit des durch einen Whistleblower in die Öffentlichkeit gelangten Dokuments mit dem Titel „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“ bestätigen oder dementieren?“

So die Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Götz Frömming (Afd) an die Bundesregierung. Die schriftliche Frage ist auf den 4. Oktober datiert.

Mit Datum 11. Oktober antwortete die Bundesregierung:

„Die Gesamtübersicht „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“ wurde von der Bundesregierung erstellt. Sie soll einen gemeinsamen Informationsstand über die Maßnahmen gewährleisten, die von den Ressorts und Behörden ergriffen wurden, um der gezielten Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen insbesondere im Kontext von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine entgegenzuwirken.“

Mit Datum 13. Oktober antwortete die Bundesregierung noch auf eine weitere ähnliche Anfrage mit einer interessanten Ergänzung: Im Gegensatz zum im März 2020 durchgestochenen Strategiepapier der Bundesregierung „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ (medial auch als „Panikpapier“ bezeichnet), welches später aus Transparenzgründen auf der Seite des

Innenministeriums veröffentlicht wurde, plane man keine solche Veröffentlichung im Falle des aktuellen Leaks der NachDenkSeiten:

Schriftliche Frage des Abgeordneten Roger Beckamp
vom 8. Oktober 2022
(Monat September 2022, Arbeits-Nr. 9/532)

Frage

Ist das auf den Nachdenkseiten veröffentlichte Papier der Bundesregierung (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=88616>) authentisch und inwiefern wird die Bundesregierung das gesamte Dokument analog zu dem zunächst durchgestochenen und danach vom Bundesministerium des Innern veröffentlichte „Szenarienpapier“ / „Panikpapier“ (<https://web.archive.org/web/20201122004536/https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/szenarienpapiercovid19.pdf>; https://www.focus.de/gesundheit/news/wirbel-um-rki-chefwieser-panik-papier-aus-dem-rki-das-steht-wirklich-im-angeblichen-alarmbericht_id_13541873.html) ebenfalls veröffentlichen?

Antwort

Die Gesamtübersicht „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“ wurde von der Bundesregierung erstellt, um einen gemeinsamen Informationsstand zu gewährleisten über die Maßnahmen, die von den einzelnen Ressorts und Behörden ergriffen wurden, um der gezielten Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen insbesondere im Kontext von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine entgegenzuwirken. Eine Veröffentlichung dieser Arbeitsunterlage auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ist zu diesem Zeitpunkt nicht geplant.

Mit dem unmissverständlichen Eingeständnis der Bundesregierung, dass das interne Dokument „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“ tatsächlich von ihr erstellt wurde, bestätigt diese sowohl die Existenz dieser „Gesamtübersicht“ als auch die Authentizität des NachDenkSeiten-Leaks:

- [Dokumenten-Leak: Wie die Bundesregierung an einer „Narrativ-Gleichschaltung“ zum Ukraine-Krieg arbeitet – Teil 1](#)
- [Dokumenten-Leak: Wie die Bundesregierung an einer „Narrativ-Gleichschaltung“ zum Ukraine-Krieg arbeitet – Teil 2](#)

Dieses interne Dokument, von der Bundesregierung euphemistisch „Gesamtübersicht“ genannt, hat es, wie in den von uns veröffentlichten Artikeln



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Bundesministerium des Innern und für Heimat 11014 31731

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Roger Beckamp
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin

Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin

Tel. +49 30 18 681-11002

Fax +49 30 18 681-11139

PSIR55@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Schriftliche Frage Monat September 2022
Arbeitsnummer 9/532

Ber.in, 13. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen
die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Rita Schwarzelühr-Sutter

dargelegt, wirklich in sich. Es wurde auch bereits von britischen und US-amerikanischen Medien aufgegriffen.

In bundesdeutschen Mainstream-Medien wurde das Leak entweder ignoriert oder dessen Authentizität hinterfragt. Beispielhaft sei auf die Argumentation von Ralf Schuler (Leiter der Parlamentsredaktion von BILD) verwiesen. In einem Gespräch mit Kontrafunk (ab Minute 25:43) erklärte dieser, angesprochen auf das NachDenkSeiten-Leak:

„Ich habe in letzter Zeit so viele vermeintliche Dokumente gelesen, die sich am Ende alle als zweckdienlich gefälscht herausgestellt haben. Ich bin da vorsichtig, weil es so eindeutige Narrative bedient, dass ich mich wundere, wer so etwas verfasst haben soll. Da werde ich sehr skeptisch, so funktioniert Deutschland nicht.“

Dann führt er auch noch ein Argument an, welches wirklich zeigt, in was für einer Bubble sich die Hauptstadtjournalisten teilweise bewegen. Er hinterfragt die Authentizität des Leaks unter anderem mit dem Verweis darauf, dass sich doch die Frage auftäte, wieso man so etwas an die NachDenkSeiten leake und nicht an den Spiegel. Zudem hätten die NachDenkSeiten doch keinerlei Reichweite (Diese Sorge können wir Herrn Schuler nehmen. Alleine der erste Leak-Artikel hatte bis zum heutigen Tage 225.853 Direktzugriffe auf der NDS-Webseite, da ist Verbreitung in den Sozialen Medien und als Podcast noch nicht mit eingerechnet).

Die Frage, wieso dieses Leak nicht dem Spiegel zugespielt wurde, ist, hätte sich der BILD-Redakteur wirklich mit dem geleakten Dokument auseinandergesetzt, recht leicht zu beantworten: So ist dort unter anderem von einem „10-Punkte-Resilienz-Plan“ die Rede, welcher unter anderem die konzertierte Bewerbung und Verlinkung von sogenannten Faktencheckern auf den Webseiten der Bundesregierung vorsieht. So viel zur postulierten „Staatsferne“ und „Unabhängigkeit“ der Faktenchecker à la ARD-Faktenfinder oder Correctiv. Ebenso aufgeführt wird, und jetzt kommen wir auf die Absurdität in der Argumentation des Leiters der BILD-Parlamentsredaktion zurück, die Zusammenarbeit mit der Presse. Und dabei wird beispielsweise prominent ein „Spiegel-Hintergrundgespräch“ und die Vorbereitung von Namensartikeln und Interviews mit Innenministerin Faeser erwähnt, hier werden zudem STERN und Tagesspiegel als Adressaten genannt.

Aufschlussreich ist auch die Rolle des Bundespresseamtes (BPA), welches, laut dem nun offiziell bestätigten internen Dokument, für die „regierungsinterne Sensibilisierung für das Thema und den Umgang mit Desinformation“ verantwortlich zeichnet und ein „ressortübergreifendes Schulungsangebot“ zu Desinformation anbietet. Pikant hierbei: Die Schulungen macht nicht das BPA selbst, sondern private Drittanbieter wie das „Institute for Strategic Dialogue“ (ISD) und der „Business Council for Democracy“ der Hertie-Stiftung. Das ISD, mit explizit transatlantischer Ausrichtung und Hauptsitz in London, hat im Vorstand so illustre Personen sitzen wie Karl-Theodor zu Guttenberg, den Unternehmensberater Roland Berger und den Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer SE, Matthias Döpfner.

„Ressortübergreifende Schulungen“ zu Desinformation für Mitarbeiter der Bundesministerien werden also von einer transatlantischen Lobbyorganisation, in deren „Board“ aufgeflogene Plagiatoren und der Chef der – apropos

Desinformation – regelmäßig Fakenews verbreitenden Springer-Presse sitzen, sowie der privaten Stiftung eines Kaufhaus-Magnaten durchgeführt. Allein schon für das Aufdecken solcher Absurditäten sollten wir dem Whistleblower dankbar sein.

Der Whistleblower hatte gegenüber den NachDenkseiten auch dargelegt, was ihn zu diesem Leak motiviert hat. So erklärte er, dass er, als dieses Dokument auf seinem Arbeitsrechner eintraf, zutiefst erschrak. Für ihn sei dies „der konzertierte Versuch einer Narrativ-Gleichschaltung“. Weiter führte er aus:

„In meinen Augen ist es ein Blick in den Abgrund der gebündelten Aktivitäten einer horizontalen (ressort-übergreifenden) und vertikalen Integration moderner Staatspropaganda. Von den Ministerien und ihren Partnerschaften mit transatlantischen Denkfabriken wie dem ISD bis hinab in die Presse, „Faktenchecker“, Social Media, „Multiplikatoren“, „kritische Zivilgesellschaft“ und so weiter. Selbst vor der Einbindung von Schulen und Kindern im Grundschulalter machen Sie nicht halt.“

Aus dem Dokument geht ebenso hervor, dass ein weiterer zentraler Akteur im angeblichen Kampf gegen „Desinformation“ das von den Grünen geführte Bundesfamilienministerium ist. In der Auflistung fällt zunächst auf, dass in dem internen Papier als allererste Aktivität des Ministeriums auf die private Grünen-nahe Stiftung Zentrum Liberale Moderne (LibMod) und deren hochumstrittenes Projekt „[Gegneranalyse](#)“ verwiesen wird (NachDenkseiten berichteten ausführlich über das Projekt [hier](#) und [hier](#)).

In dem Dokument heißt es dazu, dass das Ministerium im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ das Projekt von LibMod fördert (mit sechsstelligen Beträgen), welches „Inhalte systemkritischer Medien analysiert und speziell zu Narrativen im Ukrainekrieg veröffentlicht“.

Ein von den Grünen geführtes Ministerium bewirbt und finanziert das Projekt einer privaten Grünen-nahen Stiftung, welches sich zur Aufgabe gestellt hat, „systemkritische Medien“ zu analysieren und zu überwachen („[Monitoring](#)“). Alles natürlich im Namen des „Kampfes“ gegen eine behauptete (russische) „Desinformation“. Womit wir bei einem zentralen Punkt sind, den das, nun ja, offiziell beglaubigte Leak aufdeckt:

Neben dem Umfang der geplanten und bereits umgesetzten Maßnahmen erschreckt vor allem die bisher nicht hinterfragte Willkür, die dabei zum Tragen

kommt. Denn bei all den Aktivitäten muss man sich vergegenwärtigen, dass die Bundesregierung weder in diesem internen Papier zu „Laufenden Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine“ noch in offiziellen Veröffentlichungen je auch nur den Versuch unternommen hat, darzulegen, wie sie (russische) „Desinformation“ definiert oder auch nur eingrenzt. Damit ist der Bundesregierung und ihren Ministerien die vollkommen willkürliche Anwendung dieses Begriffs mit all seinen mittlerweile auch rechtlichen Implikationen und Zensuroptionen möglich. Und so packt die Bundesregierung tatsächlich unter anderem pauschal alles unter den Kampfbegriff „Desinformation“ – die es laut Bundesregierung mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt – was einer Wiedergabe offizieller russischer Positionen und Sichtweisen (oder auch nur das Versuchen, diese zu verstehen) entspricht. Damit steuert sie, wohlgemerkt durch das Unterdrücken von Informationen, die Meinungs- und Willensbildung der Bundesbürger. So darf eigentlich keine Bundesregierung, egal welcher politischer Couleur, agieren, zumindest nicht, wenn sie sich einem demokratischen Gemeinwesen mit mündigen Bürgern verpflichtet sieht.

Der parlamentarische Betrieb verfügt über einige Instrumente, die spätestens jetzt, nach der erfolgten Bestätigung der Authentizität dieses Dokuments, Anwendung finden sollten: Kleine Anfragen (KA), Fragestunde im Bundestag und angesichts des Ausmaßes der aufgedeckten Verquickungen von Exekutive, Legislative, Judikative sowie der sogenannten „Vierten Gewalt“ eigentlich auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

xxx

Russland lässt Rezession hinter sich, Europa rutscht hinein

GREGOR UHLIG, 15.10.2022

Die Wirtschaft in Russland lässt die Rezession hinter sich. Trotz aller Rückschläge ermöglicht die wirtschaftliche Stärke dem Land eine Fortsetzung des Krieges.



Russland feierte am 30. September den Anschluss von vier Regionen, hier Bilder vom Roten Platz in Moskau. Die Wirtschaft des Landes lässt die Rezession hinter sich. (Foto: dpa)

Während den Bürgern und Unternehmen in Russland weiterhin billiges Gas in unbegrenzten Mengen zur Verfügung steht, quält sich Europa mit der größten Energiekrise seit vielen Jahrzehnten. Während das fehlende Gas, das fehlende Öl und der fehlende Strom Europa **in eine tiefe Rezession stürzen**, verbessert sich die wirtschaftliche Lage in Russland weiter.

Die Sanktionen des Westens, die im Februar als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine verhängt wurden, haben die wirtschaftlichen Aussichten Russlands durchaus beeinträchtigt. Vor allem weil dem Land der Zugang zu ausländischer Technologie verwehrt wurde, hat sich das Wachstumspotenzial des Landes Prognosen zufolge halbiert.

Die Öl- und Gasproduktion, das Lebenselixier der russischen Wirtschaft, ist um etwa 3 Prozent gesunken und könnte weiter sinken, wenn zum Jahreswechsel das EU-Embargo in Kraft tritt. In den ersten sechs Kriegsmonaten flohen bis zu 500.000 Russen aus dem Land, sagt Liam Peach vom Beratungsunternehmen Capital Economics. Viele von ihnen waren hochgebildet und gut bezahlt.

Die begonnene Teilmobilisierung hat der russischen Wirtschaft einen weiteren Schlag versetzt. Weitere rund 300.000 Russen sind wahrscheinlich geflohen, schätzt der **Economist**, was den Arbeitskräftemangel und die Inflation verschärft.

Die Inflationsrate ist gegenüber dem Höchststand stark zurückgegangen, aber der Preisdruck im Dienstleistungssektor wird stärker.

Rezession wohl zu Ende

Doch trotz all dieser Schwierigkeiten ist die Rezession in Russland nun wahrscheinlich zu Ende. Dies ergibt sich nicht nur aus den offiziellen russischen Daten, die im Westen im Zweifel gezogen werden. Vielmehr zeigt sich das Ende der Rezession in Russland auch anhand einer Reihe anderer Quellen, die eine Einschätzung der wirtschaftlichen Aktivität ermöglichen.

Die US-Investmentbank Goldman Sachs etwa berechnet fortlaufend und für viele Staaten der Welt einen entsprechenden „Indikator der laufenden Aktivität“, der Aufschluss darüber gibt, wie sich die Wirtschaft von Monat zu Monat entwickelt. Diese Daten deuten darauf hin, dass die russische Wirtschaft um einiges lebhafter ist als die der großen europäischen Länder.

Die Produktion in der Automobilindustrie, die vor einigen Monaten praktisch auf Null gesunken war, hat sich wieder erholt. Denn offenbar ist es den Herstellern gelungen, sich außerhalb des Westens zu versorgen. In Dollar ausgedrückt übersteigen die monatlichen Importe nach Russland nun sogar mit ziemlicher Sicherheit den Durchschnitt des letzten Jahres.

In seinen jüngsten Prognosen, die am 11. Oktober veröffentlicht wurden, hat der Internationale Währungsfonds die wirtschaftlichen Aussichten Russlands für dieses Jahr nach oben korrigiert. Im April ging er noch von einem Rückgang des russischen Bruttoinlandsprodukts um 8,5 Prozent aus. Jetzt rechnet der IWF mit einem Rückgang von nur 3,4 Prozent.

Ende September legte die russische Regierung einen Haushaltsentwurf für die Jahre 2023 bis 2025 vor. Laut Elina Ribakova vom Institute of International Finance, einer Industriegruppe, impliziert der Haushalt eine starke Erhöhung der Militärausgaben, insbesondere für die innere Sicherheit. Aus wirtschaftlicher und finanzieller Sicht kann sich Russland den Ukraine-Krieg also leisten.

Weiterlesen

- [EU bleibt größter Abnehmer russischer Energie](#)
- [Verbot russischer Metalle droht Rohstoffmärkte ins Chaos zu stürzen](#)
- [Russlands Zentralbank lässt die Zügel lockerer](#)

xxx

WELTWEIT 10 ODER 20 MILLIONEN VERDACHTSFÄLLE AUF „IMPFTOD“?

Von Uwe G. Kranz, 14. Oktober 2022



Kaputt durch die Impfung: Ein neues Massenphänomen (Symbolbild:Shutterstock)
Die kriegerischen Geplänkel im chinesischen, nordsyrischen, nahöstlichen, oder nordafrikanischen Raum; die 28 Kriege, Bürgerkriege und bewaffnete Konflikte dieser Welt (Stand 2021), etwa im Kongo, in Kamerun, auf Haiti, in Mosambik, in Nigeria, in Somalia, in Äthiopien in der Zentralafrikanischen Republik und den Ländern der Sahelzone, oder der siebenjährige „vergessene“ Krieg gegen den Jemen; all das überlagert von Hungersnöten, Überschwemmungen, Epidemien (Masern, Cholera, Gelbfieber, Malaria etc.), Flüchtlingsströmen, entsetzlichem Kinderleid und nun dem Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland – bis zum letzten Ukrainer, inzwischen gerne auch nuklear bis zum letzten Europäer, Staatsterrorismus inclusive: Das alles lenkt das Augenmerk des Beobachters von den schrecklichen Folgen der Bekämpfung des Corona-Virus ab, und vielleicht sogar Teil des Ganzen.

Denn während sich das alles vor unseren (teils verschlossenen) Augen abspielt und jeweils selektiv unsere Wahrnehmung fordert, explodieren die Impfschäden

weltweit immer weiter, in immer bedrohlicherem Ausmaß. Nicht erst nach der Veröffentlichung von „Euro-MOMO“, dass die Zahl der der Todesfälle von geimpften Kindern (12-15 Jahren) in Europa um 691 Prozent gestiegen sei (nachzulesen in den dortigen Bulletins 33 und 36), hätten eigentlich alle Medien Alarm schlagen und auf Aufklärung dieser eklatanten Übersterblichkeit drängen müssen. Die Folge jedoch: Euro-MOMO passte die Baseline an, um den Anstieg zu relativieren!

Klare Korrelation: Je mehr Geimpfte, desto höhere Sterblichkeit

Vor wenigen Tagen erregte sich der rumänische Europaabgeordnete Christian Terhes darüber, dass die Übersterblichkeit in der Europäischen Union um 16 Prozent über dem dreijährigen Durchschnitt der Jahre 2016-2019 liege. Der EU-Parlamentarier demonstrierte zudem anhand einer Karte, dass die Länder mit der höchsten Impfrate europaweit auch die höchsten Sterblichkeitsraten haben, und forderte, diese Zusammenhänge endlich wissenschaftlich zu untersuchen. Eine Reaktion kam weder von den zuständigen europäischen (European Medicines Agency, EMA) noch von deutschen Agenturen (Robert-Koch- sowie Paul-Ehrlich-Institut, RKI/PEI). Die Politik duckte sich weg.

Dabei hatte die Charité Berlin schon im März 2022 einen Anstieg der Zahl schwerer Impf-„Nebenwirkungen“ (eigentlich: Impfschäden) um das Vierzigfache (!) errechnet. Vielleicht war das der Grund dafür, dass Professor Christian Drosten, der Direktor des Virologischen Instituts, das diese Berechnungen anstellte, so plötzlich und unerwartet das Corona-Experten-Team verlassen hatte (und seither weitgehend in der medialen Versenkung verschwunden ist)? War es die Angst vor der drohenden Erkenntnis, dass die hohe Zahl der Todesfälle im direkten oder nahen zeitlichen Zusammenhang mit der Covid-„Impfung“ offenkundig ist und noch weiter ansteigen wird? Die Angst vor weiteren Spätfolgen, die Monat für Monat neu erkannt oder nun vermehrt aufgetürmt werden? Angst vor der strafrechtlichen Verantwortung, vor Schadensersatzforderungen? Angst vor dem womöglich noch folgenden Nachweis, dass die Spritze gar als eine Art staatliche Mordwaffe zur Populationsverdünnung eingesetzt worden sein könnte?

Tödliche Verdachtsfälle: Verschwiegen und verleugnet

Dass die Corona-„Impfstoffe“ viele, viele Hunderttausende Menschen schwer schädigen und die Impfärzte wohl schon heute -zigtausende Tote auf dem Gewissen haben, das habe nicht nur ich seit langem betont, sondern darauf

weisen auch viele Wissenschaftler, Mediziner, Experten in den sozialen Medien seit geraumer Zeit hin. Inzwischen leugnen es nun nicht einmal mehr die Mainstreammedien. Sie nähern sich zwar in kleinen Schritten der Wahrheit, schweigen sich jedoch noch immer lieber darüber aus. Sie nehmen das abgetauchte und dafür eigentlich zuständige PEI und seinen ebenfalls schweigenden Präsidenten, Klaus Cichutek, nicht ansatzweise in die Mangel. Sie fragen nicht nach den verheimlichten Zahlen und Daten – etwa zu schweren Impfschäden bei Kindern. Sie investigieren nicht die fehlenden Aufklärungsbemühungen dieser Behörde, die doch genau für die transparente Überwachung von Impfstoffen ins Leben gerufen worden war.

Ja, sie fragen sich noch nicht einmal, warum die frühere Flut der behördlichen Sicherheitsberichte nach und nach versiegt ist (2021 erschienen sie noch monatlich, dann ab 2022 angeblich quartalsweise, allerdings ist erst im Juli ein ausführlicher Sicherheitsbericht erschienen („...*seit Beginn der Impfkampagne in Deutschland vom 27.12.2020 bis zum 30.06.2022*“). Das mit den „Quartalsberichten“ muss das PEI offenbar noch lernen – aber das mit den Auswertungen nicht minder: Den in diesem Zeitraum durchgeführten 182.717.880 „Impfungen“ (im Bericht sauber aufgeschlüsselt nach Hersteller) stünden, so heißt es da, 323.68 gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen gegenüber. Damit betrüge die Melderate 1,8 Meldungen pro 1.000 Impfdosen, für Verdachtsfälle schwerwiegender Nebenwirkungen und Impfkomplicationen (Tote?) 0,3 Meldungen pro 1.000 Impfdosen. Das ist doch wohl ein gesundes Verhältnis, oder? Allerdings sieht die Wahrheit jenseits dieser Milchmädchenrechnung anders aus – bedenkt man, dass allenfalls 5 Prozent aller Impfschäden (in einzelnen Patienten- und Versichertengruppen **noch deutlich weniger**) von den Ärzten wirklich gemeldet werden, die für entsprechende Meldeberichte weder Zeit haben noch eine Vergütung erhalten.

Das PEI versagt: Strukturelle Vertuschung!

Seit Jahresbeginn werden die Zahlen der Verdachtsfälle auf „*tödliche Impfschäden*“ (speziell bei Kindern) zudem gar nicht mehr und andere relevante Daten kaum mehr rapportiert („*einzelne Fälle einer Myokarditis und/oder Perikarditis*“, „*kein Risikosignal zu Meldungen von chronischem Müdigkeitssyndrom und Long COVID-ähnlichen Beschwerden*“ oder „...*zu verschiedensten Zyklusstörungen bei Frauen im gebärfähigen Alter*“). Wer die internationale Lage kennt und die Forschung verfolgt, kann da nur noch den Kopf schütteln. Dieser Bericht ist reine Makulatur, grenzt an Volksverdummung; der

wissenschaftliche Wert dieser „Auswertung“ ist gleich Null. Gesundheitspolitisch haben wir es mit einem epischen Desaster zu tun. Es wird vertuscht, dass sich die Balken biegen. Und warum? Vielleicht, weil man in geheimer Absprache den negativen Vorbildern aus Kanada, USA und Großbritannien folgen möchte, um das internationale genmanipulierende Massenexperiment so lange wie möglich weiterführen zu können?

Das PEI, das direkt dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), also SPD-Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach unterstellt ist (*„Deutschlands mächtigstem/prominentesten Quacksalber“*, so Julian Reichelt), verweigert inzwischen sogar die Auskunft auf konkrete und gezielte Presseanfragen – sicherlich nicht ohne höchstpersönliche ministerielle Rückendeckung. Mehr Demokratiedefizit geht eigentlich nicht. Ein Fall für die ministerielle Dienst- und Fachaufsicht? Ach was! Das ist schließlich so gewollt und zeugt von der gelebten Arroganz der Macht im Hause Lauterbach. Der gemeine Pöbel solle sich mit den Daten begnügen, die in einem weiteren Sicherheitsbericht vom 7. September 2022 kundgetan wurden: Auch in diesem Bericht fehlen die Angaben über schwere und tödliche Verdachtsfälle nach der Impfung von Kindern völlig, die genaue Anzahl aller Verdachtsfälle wird der Öffentlichkeit ebenso vorenthalten, da man es wegen *„der inzwischen hohen Anzahl geimpfter Personen mit den entsprechenden Informationen zu möglichen Impfnebenwirkungen beziehungsweise Impfkomplicationen für angemessen (hält) auf eine sich wiederholende Darstellung gleicher Erkenntnisse in Zukunft zu verzichten und die Berichterstattung auf wichtige Einzelaspekte sowie neue Erkenntnisse zu fokussieren.“*

Größtes öffentliches Interesse ist wohl das Kindeswohl

Es geht aber noch unverschämter: *„Das PEI hat entschieden, über den Sicherheitsbericht hinaus nur bei tatsächlich neuen Hinweisen entsprechend zu kommunizieren und für Einzelauswertungen zur Verfügung zu stehen.“* Und weiter, auf gezielte journalistische Nachfrage: *„Das Paul-Ehrlich-Institut weigert sich keinesfalls, ‚relevante Daten von großem öffentlichen Interesse‘ herauszugeben. Die von Ihnen angefragten Zahlen erfüllen dieses Kriterium jedoch nicht. Denn allein die Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle erlaubt keine Aussagen hinsichtlich der Sicherheit der Impfstoffe.“* Die Zahl der Todesfälle bei Kindern ist also nicht von *„großem öffentlichen Interesse“*? Hat das das göttliche PEI oder Karl Lauterbach so entschieden? Wo steht überhaupt im PEI-Gesetz etwas von *„großem öffentlichen Interesse“*? Wann ist das öffentliche Interesse

groß? Wenn wohl etwas von größtem öffentlichem Interesse ist, dann ist das die Gesundheit und Zukunft unserer Kinder. Diese Zahlen gehören aufgedeckt, analysiert, wissenschaftlich erforscht und nicht unter den Teppich gekehrt!

Gesetzliche Aufgabe des PEI ist – unter anderem – *„die Beratung von Antragstellern in wissenschaftlichen und prozeduralen Fragen, die Informationen für Patientinnen und Patienten bzw. Verbraucherinnen und Verbrauchern“*. Und zu den Leitprinzipien des PEI gehören *„Unparteilichkeit sowie ... Verschwiegenheit, wo notwendig, und Transparenz, wo immer nur möglich“*! Hier steht nichts von *„großem öffentlichem Interesse“*! Dieses öffentliche Interesse auf gezielte Presseanfrage hin zu negieren ist starker Tobak; es ist geradezu dreist. Untertan, sei still, mach Platz – husch, ab ins Körbchen! Und die Mainstream-Presse schweigt sich angesichts solcher ungeheurer, verfassungswidriger Attitüden staatlicher Macht einfach aus.

Wo kein Wille, da kein Wissen

Dies alles liegt auf der einer Wellenlänge mit der konstant veröffentlichten Falschbehauptung (genauer: der öffentlichen Lüge) Lauterbachs, dass täglich 500 (Aussage Februar 2022, u.a. auf Twitter) respektive 100 (Aussage September 2022, bei „Markus Lanz“) Corona-Tote zu befürchten seien, woran er sich „nicht gewöhnen“ wolle. Ich für meinen Teil werde mich jedenfalls ganz sicher nicht an diese *„wahrscheinlichkeitsbefreiten, demagogischen Behauptungen“* (Professor Dr. Klaus Stöhr) dieses Gesundheitsministers gewöhnen, egal in welchen Medien er sie propagiert. Und mit nichts anderem als mit Staatspropaganda haben wir es hier zu tun – vor allem was die 20 Millionen Euro teuren Fake-„Fakten-Booster“-Anzeigen in den Tageszeitungen angeht – ja, genau die mit dem stilisierten Hohlkopf ohne Augen. So entsteht eine auf tatsächlichen Fehlinformationen gründende Massenpsychose: Die Regierung versucht jegliche Kritik zur Covid-Politik im Keim zu ersticken, aber will keinerlei Information und Aufklärung der Bevölkerung!

Information und Aufklärung wären allerdings tatsächlich dringend geboten, erhält doch das PEI (wie von mir in mehreren früheren Beiträgen auf Ansage dargelegt) allenfalls rund fünf Prozent aller erforderlichen Meldungen, und wenn, dann noch am ehesten von Impfpfern selbst, deren Angehörigen oder NGO's, nicht aber den Ärzten. Auch über die Ursachen hatte ich schon mehrmals geschrieben, nochmals: Angeblicher übermäßiger Zeitaufwand (ich selbst füllte die Meldung in weniger als 10 Minuten aus) und keine Honorierung dieser Leistung nach der Gebührenordnung Ärzte (GOÄ), was längst und einfach hätte geregelt werden

können – wenn man denn den politischen Willen zur Aufklärung hätte! Aber wo kein Willen ist, da ist auch kein Wissen. Dennoch rechnen Ärzte, die angeblich keinen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) meldepflichtigen Verdachtsfall erkennen können und deshalb die Meldung an das PEI unterlassen, diesen aber fleißig bei den Kassen ab, indem sie ihre Maßnahmen als Leistungen zur „Behandlung von Impfschäden“ mit den entsprechenden ICD-Codes in Rechnung stellen. Dann gibt doch den armen Ärzten endlich was für die Meldung! Wenn das Gesundheitssystem 28 beziehungsweise 36 Euro für das „Impfen“ stemmen kann, kann es sich auch die Vergütung einer Meldung an das PEI leisten; die Abgabe dieser Meldung müsste nur Voraussetzung für die Vergütung der Behandlungsleistungen sein. Dann würde endlich, ratzbatz, Klarheit herrschen. Doch das ist nicht gewollt.

„Plötzlich und unerwartet“

Die schweizerische Vereinigung von Polizisten und das Netzwerk von Ärzten und Wissenschaftlern „**Alatheia**“ hat wegen der dramatischen Zunahme von plötzlich und unerwarteten Todesfällen im zeitlichen Zusammenhang mit mRNA-„Impfungen“ dazu aufgerufen, endlich der gesetzlichen Ermittlungspflicht nachzukommen: Lückenlose Aufklärung dieser ungeklärten oder unnatürlichen Todesursachen, mehr Obduktionen (gegebenenfalls auch randomisiert), Einleitung rechtlicher Schritte gegen Verantwortliche und gesetzliche Regelungen. Die Forderung geht an Polizisten/Kriminalisten, Staatsanwälte, Rechtsmediziner und andere Ärzte – und an die Politik! Dieser Aufruf gilt auch allen deutschen Strafverfolgern, Medizinern und Politikern. Wenig überraschend jedoch, wurde dieser Ansatz bislang leider kaum verfolgt.

Die Übersterblichkeit in der EU nahm im Juli 2022 um über 16 Prozent zu. Das bedeutet, dass im Vergleich zum dreijährigen Mittel (2016-2019) zusätzlich 53.000 Menschen mehr gestorben sind. In Deutschland sterben normalerweise täglich durchschnittlich 2.500 Menschen. Die Zahl stieg um im Juli 2022 um 15,2 Prozent. Damit hatte Deutschland noch den geringsten Anstieg aller europäischen Staaten zu verzeichnen: Spitzenreiter war Island mit 55,8 Prozent Übersterblichkeit, gefolgt von Spanien (36,9 Prozent), Liechtenstein (35,8 Prozent), Zypern (32,9 Prozent), Griechenland (31,2 Prozent), Portugal (28,8 Prozent), Schweiz (25,9 Prozent), Italien (24,9 Prozent), Österreich (17,5 Prozent), Slowenien (16,5 Prozent), Irland (16,3 Prozent), die Niederlande (14,7 Prozent) und Frankreich (14,1 Prozent).

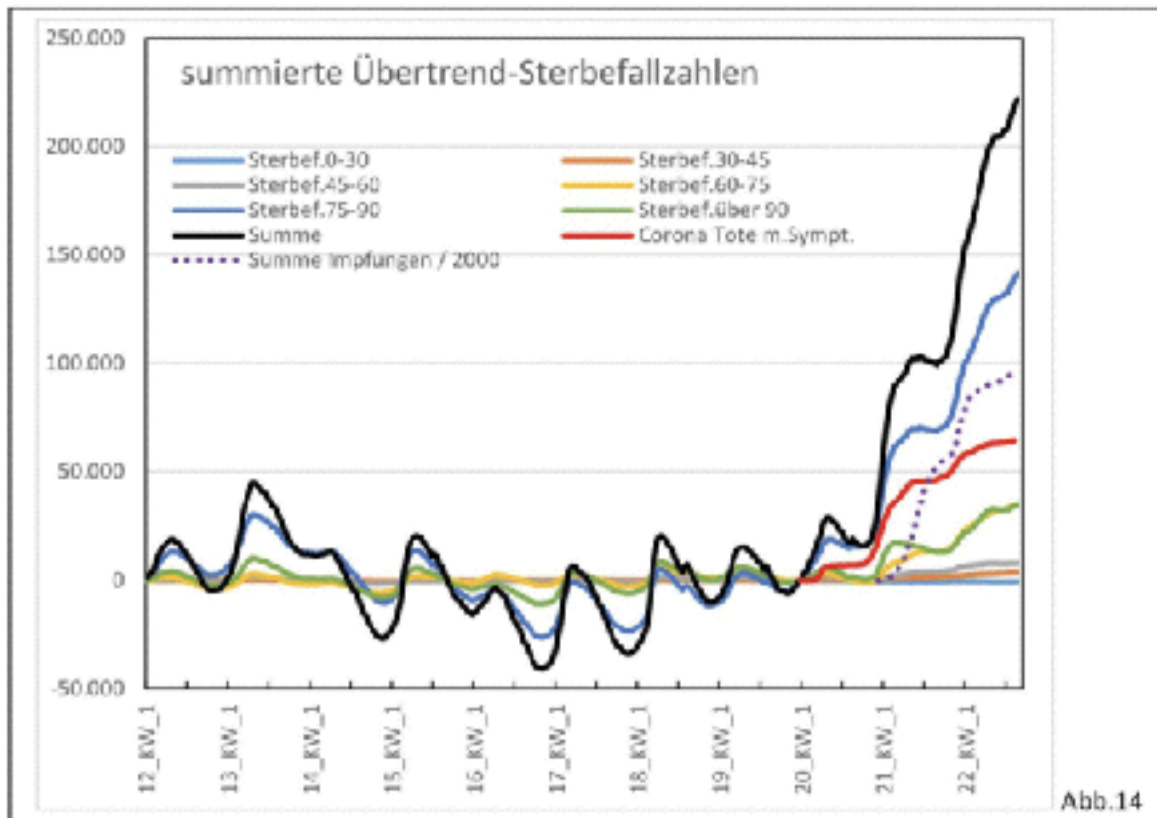


Abb.14

(Quelle:Corona-Blog.net)

Von dieser Entwicklung sprechen nicht nur die Zahlen aus den Datenbanken, sondern auch die offiziellen Gremien streuen weltweit solche Informationen, sorgfältig im Dunstnebel der Russland-Ukraine-Konflikt-Berichterstattung verborgen. Erst bei der Zusammenschau wird deutlich: Die *US Centers for Disease Control and Prevention* (CDC) mit ihrer **VAERS-Datei**, das britische *Office for National Statistics* (ONS) sowie die *UK Health Security Agency* (UKHSA), die schottische Agentur *Public Health Scotland* (PHS), die kanadische Agentur *Health Canada* (HC, auf Englisch) bzw. *Santé Canada* (SC, auf Französisch), das neuseeländische Gesundheitsministerium, die EMA mit ihrer Datenbank **Eudravigilance**: Sie alle veröffentlichen mehr oder weniger verborgen und heimlich Daten, aus denen man die erschreckende Wahrheit leicht ablesen kann.

Aber die Mainstreammedien lesen sie nicht, verstehen sie nicht, ignorieren sie, replizieren lieber die staatliche Propaganda; das macht weniger Mühe und deckt sich mit den eigenen Überzeugungen, die nahtlos in Selbstbetrug übergehen. Und so entwickelt sich sukzessive der Nährboden einer durch die „Impfstoffe“ erworbenen Immunschwäche, international **bekannt unter dem Namen V-AIDS** – die Vorstufe zur wohl bislang schlimmsten globalen Krise der öffentlichen

Gesundheit. Beweise für Millionen von Todesfällen und schwerwiegende unerwünschte Ereignisse, die sich aus den experimentellen COVID-19-Injektionen ergeben haben, lassen sich aus den Datenbeständen recherchieren, auch wenn es nicht immer einfach ist: So wäre die VAERS-Meldung aus den USA vom 28. März 2022 eigentlich einen internationalen Aufschrei wert gewesen: Unter der Überschrift *“Erneuter massiver Anstieg der Todesfälle bei Föten nach Covid-Injektionen“* berichtete VAERS von 5.294 Schwangerschaftskomplikationen und 4.377 Fehlgeburten.

Übersterblichkeit und das Fortpflanzungssystem

Zeitgleich wurde aus Großbritannien (MHRA) bekannt, dass die Zahl der Reproduktions- und Brustkrankheiten rasant auf 56.970 und die Zahl der schwangerschaftsbedingten Erkrankungen auf 1.155 angestiegen ist (darunter 806 Fehl- und Totgeburten); **VigiAccess**, der Datenbank der WHO, war zu entnehmen, dass die Erkrankungen des Fortpflanzungssystems und der Brust auf 186.709, und die schwangerschaftsbedingter Erkrankungen auf 9.840 Fälle angestiegen waren – darunter 6.235 Fehlgeburten und Totgeburten. Diese Trends wurden übrigens weltweit beobachtet – Tendenz weiterhin deutlich steigend; aber öffentliche und mediale Resonanz: Fast Null! Unter Beachtung der eingeräumten Tatsache, dass weltweit nur 1- 5 Prozent der eigentlich verpflichtenden Meldungen Eingang in die Datenbanken finden, eine desaströse Bestandsaufnahme!

Der Verein **Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie** (MWGFD) hat mit dem Statiker Dipl. Ing. Volker Fuchs im Kampf gegen die Anti-C-Maßnahmen einen äußerst wertvollen Mitstreiter gewonnen, der ein spezielles Analyseprogramm zur Auswertung zunächst der US-Impfdatenbank-VAERS und der UK-Datenbank ONS entwickelte, aus dem sich auch die Zahlen zu Impftoten und Impfgeschädigten für Deutschland (wo die Daten wie oben beschrieben unterdrückt werden) durch mathematische Umrechnung ermitteln lassen. Per Stand Ende August wurden so für die Weltbevölkerung rund 10 Millionen Impftote (Verdachtsfälle) ermittelt; davon entfielen auf Deutschland rund 130.000 Tote – wobei die Anteile Geimpfter und Ungeimpfter sowie die Mortalitätsrate wegen fehlender Angaben nicht genau ermittelt werden konnten.

Lebt das RKI in einer anderen Galaxis?

Aus der US-Datei VAERS, die nur rund 1 Prozent aller Fälle erfasst, ergeben sich danach 900.000 Impftote und 40 Millionen Impfgeschädigte. Aus den Angaben der (noch!) alle zwei Monate erscheinenden englischen ONS-Tabelle Nr. 1, die den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Mai 2022 erfasst, lässt sich errechnen, dass die 3-fach-Geimpften eine 5,4-fache Mortalität zeigen, sofern die Impfung schon über 21 Tage zurückliegt; innerhalb diesen Zeitfensters liegt die Mortalität „nur“ beim 3,2-fachen. Der Grund ist einleuchtend: Mit jedem Booster wird das körpereigene Immunsystem weiter und stärker ruiniert. Deshalb sind auch bei den 1-fach und 2-fach Geimpften die Mortalitätsraten niedriger. Zumindest gilt dies im internationalen Vergleich.

Die Zahlen des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI) sind dagegen völlig konträr zu den ONS-Zahlen: Da sind die 1-fach Geimpften absolute Spitzenreiter (3,5-fach), und die Geboosteten (3-fach-Geimpfte) schneiden wesentlich besser ab (1,7-fach). Erkennt das Virus also nationale Grenzen? Verhält es sich in Großbritannien oder den USA anders als in Deutschland? Wirkt Karl Lauterbachs Impfkampagne mit dem „Fakten-Booster“ (Sie wissen schon, die Annonce mit dem Hohlkopf...) etwa Wunder? Was am deutschen Zahlen-Salat stimmt eigentlich noch? Bedenkt man die eingangs erwähnte Feststellung des PEI, dass nur 323.68 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen gemeldet worden seien, und bedenkt man, dass es sich dabei nur maximal um ein Zwanzigstel (!) aller tatsächlichen Fälle handelt, dann kommt man für Deutschland recht schnell auf ca. 6,5 Millionen Impfschäden. Das alles mutet reichlich dubios an. Aber was solls: Auf zur vierten Impfung! Die ist ja schon an 32 Mäusen getestet.

Wer Augen hat zum Lesen, der lese

Das Fazit der oben angeführten mathematischen Analyse lautet also, dass im Zeitraum von 1 Januar 2021 bis zum 31. August 2022 in Deutschland rund 1,7 Millionen Menschen starben, von denen 290.000 ungeimpft und 1,41 Millionen geimpft waren. Der Anteil der Impftoten mit Covid lag bei 9,2 Prozent – und damit bei rund 130.000 Toten. Wer dies nachprüfen will, kann dies auf [hier](#) unter der Rubrik „*Download/Zahlen/Fakten*“ anhand der dort niedergelegten vielfältigen Statistiken, Grafiken und Tabellen gerne nachlesen. Auf jeden Fall darf man dieser mathematischen Expertise mehr vertrauen als allen Veröffentlichungen der staatspropagandistischen „Schwachmatiker“ von RKI und PEI zusammen, die keinerlei Interessen zeigen, die Wahrheit zu erforschen oder den tatsächlichen Zahlen auf den Grund zu gehen.

Wer selbst nachrecherchieren will, könnte auch die aufwändigen, auf den amtlichen Zahlen von Destatis beruhenden Analysen eines Physikers, der sich „*Archi.medes*“ nennt, heranziehen ([siehe hier](#)), nach denen die bevölkerungsnormierten Sterbefallzahlen langfristig in fünf der sechs untersuchten Altersgruppen so heftig angestiegen sind, dass er Alarm schlagen müsse und den sofortigen Stopp der sogenannten „Impfung“ fordere. Wer dies nachprüfen will, sollte auch die statistischen Hochrechnungen von Peter Halligan studieren, von Haus aus ein erfahrener Finanzanalyst, der sich auf seinem Portal „[Substack](#)“ ebenfalls intensiv mit den Todes- und Morbiditätsfolgen des weltweiten, genmanipulierenden Massenexperiments auseinandersetzt und die Todesfolgen der Spritze sogar auf 20 Millionen Menschen berechnete.

Sofortiger Stopp des Wahnsinns alternativlos

Die Zahl der schwerwiegenden Impfschäden berechnete er gar auf mittlerweile zwei Milliarden. Alle denkbaren Kollateralschäden, Suizide, Totgeburten, Schäden im Fortpflanzungssystem der Menschen, unerforschte oder noch unbekannt Langzeitfolgen, die unter andere der fortschreitenden Immunsuppression geschuldet sind, wurden dabei noch gar nicht einberechnet. Diese Zahlen sind erschütternd und erfordern allein den sofortigen Stopp aller „Impf“-Maßnahmen.

Mathematiker, Statistiker, Statiker und viele andere Experten und Wissenschaftler: Sie alle tun die Arbeit, die eigentlich gesetzliche und politische Aufgabe von PEI, RKI, Bundesgesundheitsminister Lauterbach und den Regierung in Bund und Ländern wären. Diese aber vergeuden unsere finanziellen und personellen Ressourcen für Regierungspropaganda, um wissenschaftlich Unbrauchbares zu erzeugen, zu verschleiern und zu vertuschen. Sie sollten, sie müssten sich endlich von echten Experten beraten lassen. Übrigens – erinnern Sie sich? Contergan wurde nach vier Jahren und run 2.000 Toten vom Markt genommen. Und der Vogelgrippe-Impfstoff wurde nach nur 35 Todesfällen vom Markt genommen... Deshalb: Stoppt diesen Wahnsinn! Jetzt, sofort!